DNS-Lab: Politiken für nachhaltigen Konsum stärken

Dokumentation

2021

wissenschaftsplattform nachhaltigkeit 2030

DNS.lab

Inhalt

1. Einleitung

1.1 Thematischer Hintergrund des DNS-Labs
1.2 Teilnehmende des DNS-Labs
1.3 Ablauf des DNS-Labs

2. Perspektivenübernahme und Impulse für eine gemeinsame Diskussionsbasis

2.1 Perspektivenübernahme
2.2 Thematische Impulse

3. Entwicklung von neun übergeordneten Empfehlungsbereichen

3.1 Politikkohärenz national und europäisch stärken
3.2 Zirkuläre Wirtschaftsweise und Unternehmensmodelle stärken
3.3 Suffizienz als übergeordneten Rahmen politikfähig machen
3.4 Jetzt prioritäre Maßnahmen umsetzen, um bis 2030 Ziele zu erreichen
3.5 Informatorische Instrumente weiterentwickeln, gezielt einsetzen und niedrigschwellig kommunizieren
3.6 Externe Kosten (durch marktwirtschaftliche und ordnungsrechtliche Instrumente) internalisieren
3.7 Bildung für nachhaltigen Konsum als übergeordnetes Prinzip verankern
3.8 Durch nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion soziale Gerechtigkeit in Deutschland und global fördern
3.9 Corona-Pandemie als Möglichkeitsfenster nutzen

4. Erarbeitung beispielhafter, konkreter Empfehlungen in vier Empfehlungsbereichen

4.1 Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster durch den Fokus auf umsetzungsstärkere Instrumente erreichen
4.2 Bildung für nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion als übergeordnetes Prinzip stärken und Nachhaltigkeits-Literacy weiterentwickeln
4.3 Transformation in Richtung einer zirkulären Wirtschaftsweise
4.4 Politikkohärenz in DNS, NPNK und anderen Strategien und Programmen stärken

1. Einleitung

Mit ihrem DNS-Lab „Politiken für nachhaltigen Konsum stärken“ hat die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wpn2030) in einem transdisziplinären Prozess bestehendes Wissen unterschiedlicher Forschungs- und Praxisbereiche zum Thema integriert, um es in Politik und Wissenschaft einzuspeisen. Das vorliegende Papier dokumentiert Hintergrund, Ablauf und Inhalte des sogenannten Labors für die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS-Lab).

Primärer Anlass für die Durchführung des DNS-Labs war der Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung, der im Mai 2021 zur Weiterentwicklung des „Nationalen Programms für nachhaltigen Konsum“ (NPNK) und zu darüberhinausgehenden Maßnahmen für nachhaltigen Konsum tagte. Über diesen spezifischen Anlass hinaus hat die wpn2030 mit dem DNS-Lab weitergehendes Wissen zur Stärkung von Politiken für nachhaltigen Konsum im Rahmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) zusammengetragen, um es in weitere Prozesse der wpn2030 einzuspeisen.

1.1 Thematischer Hintergrund des DNS-Labs

Zu den bestehenden Konsumpolitiken der Bundesregierung ist bis dato insbesondere festzustellen, dass sie weit gestreut sind und kaum Wirkung entfalten. Weder die bisherigen Programme noch die Indikatoren der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (z. B. SDG 12) können bislang einen sichtbaren und messbaren deutlichen Wandel hin zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern nachweisen bzw. fördern. Insofern besteht dringender Bedarf, Politiken zur Förderung von Transformationen hin zu nachhaltigem Konsumieren und Produzieren zu beschleunigen und dafür notwendige und neue Schritte zu erfassen. Um dafür einen wissenschaftlichen Beitrag zu leisten, nahm das DNS-Lab folgende inhaltliche Schwerpunkte in den Blick:

- die kohärente Ausgestaltung von konsumrelevanten Politiken
- den Fokus auf die Umsetzung einer zirkulären Wirtschaft(-sweise)
- das konsequente Einbeziehen von Suffizienzansätzen in bestehende Politiken, auch im Hinblick auf die in der Corona-Pandemie erkennbar werdenden Möglichkeitsfenster.

Diese Schwerpunkte wurden in bisherigen Arbeiten der wpn2030 und weiterführenden Analysen als besonders drängend und erfolgsversprechend identifiziert.

1.2 Teilnehmende des DNS-Labs

27 ausgewählte Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Unternehmen, Zivilgesellschaft (u. a. Verbraucher*innenverbände, -initiativen oder NGOs) und Politik/Verwaltung nahmen an dem online durchgeführten DNS-Lab teil (siehe Anhang) und brachten ihre Perspektiven ein. Dabei waren unterschiedliche Forschungsrichtungen vertreten, die sich mit Konsumpolitiken, zirkulären und biobasierten Wirtschaftsweisen sowie Suffizienzstrategien befassen. Aus den Bundesressorts nahmen Vertreter*innen von Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU), Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV), Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bundeministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und ein Vertreter des Parlamentarischen Rates für nachhaltige Entwicklung (PBnE) teil. Zudem nahmen Vertreter*innen von Unternehmen aus den Sektoren Produktion, Handel, Dienstleistung und Beratung teil, die zudem zentrale Konsumfelder vertraten. Ebenso wie Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, die sowohl die globale als auch soziale Perspektive von Verbraucher*innen einbrachten.

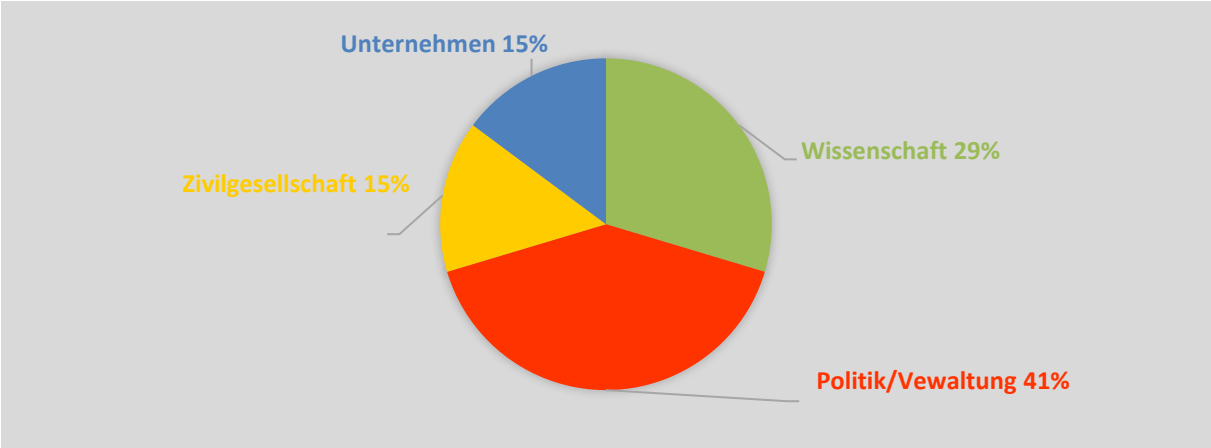

Abbildung 1: Zusammensetzung der Teilnehmenden beim DNS-Lab

1.3 Ablauf des DNS-Labs

Schritt 1: Perspektivenübernahme und Impulse für eine gemeinsame Diskussionsbasis (Kap. 2)

Zu Beginn setzten sich die Teilnehmenden einführend in die Perspektiven der jeweils anderen Bereiche hinein. Und zwar indem beispielsweise die Vertreter*innen von Unternehmen gefragt wurden: „Was glauben Sie, wie blickt die Wissenschaft auf Politiken für nachhaltigen Konsum?“ Auf diese Weise sollten die Gemeinsamkeiten aller Teilnehmenden und die Sensibilität für die Fremdperspektive expliziert werden.

Anschließend trugen Markus Vogt (LMU München), Sina Leipold (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg) und Maike Gossen (IÖW) Impulse zu den drei gesetzten Schwerpunktthemen vor: Politikkohärenz, zirkuläre Wirtschaft(-sweise) und Suffizienzstrategien. Die Impulse knüpften an die Handlungsfelder der Teilnehmenden an und stellten gleichzeitig eine gemeinsame Informations- und Diskussionsbasis her. Es folgte eine Gruppenarbeit (je ca. 2-3 Teilnehmende mit unterschiedlichen Fachperspektiven), in der ein methodengeleiteter Austausch zu allen drei Impulsen stattfand. Die Gruppen identifizierten jeweils drei Kernfragen, die sie dann zurück ins Plenum brachten. Ziel war es, die verschiedenen Perspektiven und spezifischen Expertisen einzubringen, miteinander abzugleichen und eine gemeinsame Grundlage für die Entwicklung von Empfehlungen an die Politik (Schritt 2) zu schaffen.

Schritt 2: Entwicklung von neun übergeordneten Empfehlungsbereichen (Kap. 3)

Aufbauend auf der gemeinsamen Informations- und Diskussionsbasis (Schritt 1) entwickelten die gleichen Gruppen im nächsten Schritt beispielhafte Empfehlungen an die Politik, die dann im Plenum gemeinsam diskutiert wurden. Diese Empfehlungen wurden von der wpn2030 zu neun übergeordneten Empfehlungsbereichen verdichtet (siehe Abb. 2). Anschließend priorisierte jede*r Teilnehmende diese neun Empfehlungsbereiche. Auf diese Weise wurden vier Empfehlungsbereiche kollektiv durch die Teilnehmenden als besonders drängend, grundsätzlich erreichbar und zielführend für den politischen Prozess identifiziert.

Abbildung 2: Neun übergeordnete Empfehlungsbereiche

Schritt 3: Erarbeitung beispielhafter, konkreter Empfehlungen in vier Empfehlungsbereichen (Kap. 4)

Diese vier Empfehlungsbereiche wurden in jeweils einer Gruppe weiterbearbeitet, die Teilnehmenden konnten sich frei zuordnen, woraus neue heterogene Gruppen entstanden, die sich an Interessen und Expertisen orientierten. Diese entwickelten schließlich beispielhafte konkrete Empfehlungen und Maßnahmen für vier Empfehlungsbereiche (siehe Abb. 3). Im Nachgang zum DNS-Lab analysierte die wpn2030 die Diskussionen und Ergebnisse. Um die Ergebnisse in spezifische politische und wissenschaftliche Prozesse einzuspeisen, unter anderem als Impulspapier für den Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung, synthetisierte die wpn2030 die Ergebnisse zielgerichtet. Im Folgenden werden die Diskussionen und Ergebnisse des Labs dokumentiert.

Abbildung 3: Vier Empfehlungsbereiche

2. Perspektivenübernahme und thematische Impulse für eine gemeinsame Diskussionsbasis

2.1 Perspektivenübernahme

Zum Auftakt des DNS-Labs wurden die Teilnehmenden in vier homogene Gruppen eingeteilt, die vier verschiedene fachliche Perspektiven repräsentierten: Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Unternehmen, Politik & Verwaltung. In diese versetzten sie sich hinein, indem Sie gefragt wurden: „Was glauben Sie, wie blickt die Fachperspektive xy auf Politiken für nachhaltigen Konsum?". So wurde die eigene Perspektive reflektiert und in Bezug zur Perspektive der anderen gesetzt, um ein gegenseitiges Verständnis zu fördern und Vertrauen in der Gruppe aufzubauen. Auf diese Weise wurden die gemeinsamen Grundlagen für die spätere Wissensintegration gelegt.

Die Teilnehmenden wurden sich bewusst, wie sie die Perspektive anderer auf Politiken für nachhaltigen Konsum einschätzten und erfuhren, wie andere ihre eigene Perspektive beurteilten und reagierten darauf. Die Reaktionen und Ergebnisse zeigten generell ein großes Verständnis für die Belange und Einschätzungen der anderen Perspektiven, allerdings wurden auch gegenseitig einige blinde Flecken ausgemacht.

Beispielhaft für die Perspektive der Wissenschaft sei der an einigen Stellen von den übrigen Teilnehmenden wahrgenommene eingeschränkte Einblick der Wissenschaft in die Praxis zu nennen. Indes wurde wertgeschätzt, wie Wissenschaft darin unterstützen kann, Politiken für nachhaltigen Konsum voranzutreiben, indem sie Ziele vorschlägt oder Maßnahmen bewertet. Die Vertreter*innen der Zivilgesellschaft konnten die Einschätzung ihrer Perspektive durch die anderen nicht vollständig teilen. Insbesondere ein vermeintlich geringes Grundverständnis für politische Maßnahmen und Prozesse im Rahmen eines nachhaltigen Konsums konnte nicht unterstützt werden. Dass die Gesellschaft indes sehr heterogen sei und als solche betrachtet werden solle, fand breite Zustimmung. Den Vertreter*innen der Unternehmen fehlte in der Perspektive der anderen auf ihre eigene, der Aspekt, dass Unternehmen im Bereich nachhaltiger Konsum und Produktion, vom Start-Up bis zum Konzern, sehr heterogen seien. Stärker generalisieren lasse sich aber zum Beispiel der Wunsch, für die Anforderungen zu nachhaltigem Wandel und entsprechenden Investitionen von der Politik einen klareren Rahmen zu bekommen und auch Zeit, um Planbarkeit und Sicherheit gewährleisten zu können. Die Perspektive von Politik und Verwaltung auf Politiken für nachhaltigen Konsum wurde von den anderen ebenfalls als sehr heterogen eingeschätzt. Dass das Handeln innerhalb von Legislaturperioden für die Transformation zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern bzw. der Umsetzung von entsprechenden Politiken eine Herausforderung darstelle, wurde beispielsweise von allen unterstützt.

2.2 Thematische Impulse

Markus Vogt (LMU München), Sina Leipold (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg) und Maike Gossen (IÖW) trugen kurze Impulse zu den drei Schwerpunktthemen des DNS-Labs vor: Politikkohärenz, zirkuläre Wirtschaft(-sweisen) und Suffizienzstrategien. Diese knüpften an die Handlungsfelder der Teilnehmenden an und stellten gleichzeitig eine gemeinsame Informationsbasis her.

Die Bewältigung der Corona-Pandemie wurde zunächst als wichtiges Möglichkeitsfenster identifiziert, um Politiken für nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion zu stärken. Für ein Querschnittsfeld wie Konsum und Produktion sei eine umfassende, systemische politische Betrachtung und Gestaltung mit einem hohen Maß an Politikkohärenz verschiedener Ressortstrategien und Programme geboten. Mit der DNS verfüge die Bundesregierung über eine gute Grundlage für das Vorantreiben nachhaltigen Konsumierens und Produzierens, die durch weitere Programme wie das NPNK vertieft werden könne. Wichtig sei, dass Strategien sich nicht doppeln, sondern komplementär und koordiniert substanziell vorangebracht werden. Und genau dies könne die DNS mit ihrer Ausrichtung an den SDGs als „Dachstrategie" leisten.

„Konsum ist das Schlüsselthema, weil es Impulsfunktion für die gesamte Wirtschaft hat." (Wissenschaft)

Es wurden zudem Fallstricke und Chancen von verschiedenen beispielhaften Kreislaufwirtschaftspolitiken wie dem französischen Gesetz gegen Lebensmittelverschwendung oder dem deutschen Verpackungsgesetz vorgestellt. Folglich wurde der Bedarf deutlich, die Einführung von Politiken für zirkuläres Wirtschaften und damit verbundene Planungs- und Implementierungsprozesse wissenschaftlich zu begleiten, um die Effektivität verschiedener Instrumente zu bewerten und eine Priorisierung von Politiken unterstützen zu können.

Effizienz- und Konsistenzstrategien allein blieben für die Einhaltung planetarer Grenzen wirkungslos, wenn gleichzeitig mehr konsumiert werde. Insbesondere Unternehmen würden bei der Förderung von Suffizienzstrategien eine wichtige Rolle spielen, indem sie beispielsweise ein sehr qualitativ hochwertiges, langlebiges, auf recycelten Materialien basierendes Produktangebot anbieten oder Suffizienz-förderndes Marketing umsetzen würden (z. B. Reparaturservices für langlebigere Produkte).

Im Anschluss an die Impulse folgte ein methodengeleiteter Austausch in vier Gruppen (je 6-7 Teilnehmende aus den unterschiedlichen Fachperspektiven). Die Gruppen identifizierten jeweils drei Kernfragen, die ihnen in Anknüpfung an die Impulse als besonders drängend erschienen, und brachten sie zurück ins Plenum. Diskutiert wurden beispielsweise Politiken mit der größten Hebelwirkung oder Zielkonflikte in Bezug auf Suffizienzmaßnahmen. Diese Fragen bildeten die gemeinsame Grundlage, um im Weiteren Empfehlungen (Kapitel 3) zu erarbeiten.

3. Entwicklung von neun übergeordneten Empfehlungsbereichen

Aufbauend auf der gemeinsamen Informations- und Diskussionsbasis und der Integration von Perspektiven und Expertisen (Schritt 1), wurden im DNS-Lab im nächsten Schritt neun übergeordnete Empfehlungsbereiche entwickelt. Die Teilnehmenden wurden dazu auf vier Kleingruppen aufgeteilt, in denen jeweils alle vier Perspektiven (Wissenschaft, Politik/Verwaltung, Zivilgesellschaft, Unternehmen) gleichmäßig verteilt waren. In den Gruppen wurden zunächst die Erfahrungen und Einschätzungen dazu ausgetauscht, wo nachhaltiger Konsum bereits auf einem guten Wege sei (Chancen) und wo er noch vor besonders großen Hürden stehe (Herausforderungen). In der Folge verständigten sich die Teilnehmenden über besonders vielversprechende Chancen und besonders drängende Herausforderungen und formulierten daraus abgeleitet beispielhafte Empfehlungen an die Politik, um jene zu adressieren. Diese wurden auf digitalen Whiteboards festgehalten (vgl. Abbildung 4) und anschließend im Plenum diskutiert.

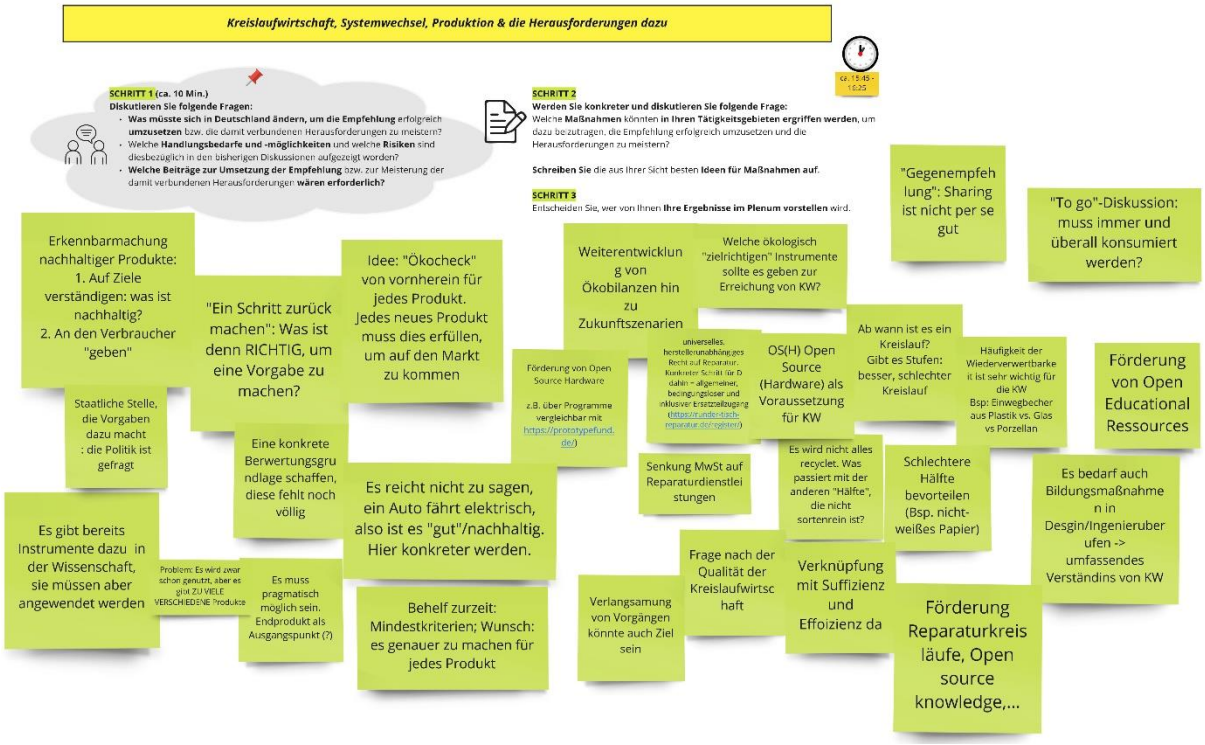

Abbildung 4: Beispiel eines digitalen Whiteboards der Gruppenarbeit (Empfehlungen für den Staatssekretärsausschuss)

Die im Plenum vorgetragenen Empfehlungen wurden von der wpn2030 zu den folgenden neun übergeordneten Empfehlungsbereichen aggregiert, um im nächsten Schritt für besonders drängende Empfehlungsbereiche zielgerichtete Empfehlungen und Umsetzungsschritte herauszuarbeiten (Kapitel 4). In der Nachbereitung des DNS-Labs wurden die Empfehlungsbereiche noch einmal präzisiert und verdichtet, um sie in unterschiedliche politische und wissenschaftliche Prozesse einspeisen zu können, u. a. als Impulspapier der wpn2030.

3.1 Politikkohärenz national und europäisch stärken

Politik-kohärenz stärken

Die Stärkung nationaler und europäischer Politikkohärenz, wurde von den Teilnehmenden als eine der drängenden Herausforderungen auf dem Weg hin zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern identifiziert. Es gelte unter anderem konsumrelevante Strategien, Instrumente und Maßnahmen wie etwa die Plastikpolitik, Agrar-Subventionen oder das Batteriegesetz der Bundesregierung, auch auf EU-Ebene, miteinander zu verknüpfen und kohärenter auszugestalten. Insbesondere Strategien, Programme und Instrumente der EU sollten aufgrund ihrer Strahlkraft stärkere Richtschnur sein. Das setze allerdings voraus, dass die zentrale Konsumstrategie der Bundesregierung, das NPNK, weiterentwickelt und mit entsprechenden Mitteln ausgestattet wird, um an Schlagkraft zu gewinnen.

3.2 Zirkuläre Wirtschaftsweise und Unternehmensmodelle stärken

Zirkuläre Wirtschafts-weise stärken

Ebenfalls zentral sei, eine zirkuläre Wirtschaftsweise als Grundprinzip einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Wirtschaft sowohl für Konsument*innen als auch für Produzent*innen zu erreichen. Sowohl Bioökonomie als auch eine zirkuläre Wirtschaftsweise sollten nachhaltig ausgestaltet und EU-weit und international fokussiert werden, auch um Externalisierungen zu vermeiden. Der Einsatz von recycelten Materialien etwa müsse rentabel gestaltet und Abfälle insgesamt vermieden werden. Hemmnis auf dem Weg zu einer zirkulären Wirtschaftsweise sei insbesondere die Diskrepanz zwischen den Kosten von Arbeitskraft und Rohstoffen: Im Verhältnis seien die Arbeitskraft zu teuer und die Rohstoffe zu günstig, weshalb sich der Einsatz von Primärrohstoffen bislang mehr lohne als der von Sekundärrohstoffen, die aus einem arbeitsintensiven Recycling gewonnen würden. Der Einsatz geeigneter Instrumente, die systemisch wirken, wie beispielsweise eine Primärrohstoffsteuer oder differenzierte Mehrwertsteuersätze sei zentral. Für den Wandel hin zu einer zirkulären Wirtschaftsweise sei es wichtig, die Klimaschutzdebatte auch mit der Ressourcenschutzdebatte zu verknüpfen, denn ohne sparsamen und effizienten Rohstoffeinsatz oder mehr Recycling sei das Erreichen des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens nicht möglich.

Unter entsprechenden Rahmenbedingungen könnten Unternehmen die zirkuläre Wirtschaftsweise vorantreiben. Diese seien so zu gestalten, dass die Nutzung nachhaltiger Ressourcen und die Einführung nachhaltiger Verfahren unterstützt, Hürden abgebaut, Wettbewerbsvorteile nachhaltiger Geschäftsmodelle durch gezielte Förderprogramme geschaffen und Arbeitsplätze erhalten werden.

3.3 Suffizienz als übergeordneten Rahmen politikfähig machen

Suffizienz politikfähig machen

Suffizienz als übergeordnetes und rahmengebendes Prinzip des nachhaltigen Konsums wurde von den Teilnehmenden als hochgradig signifikant bewertet, da zirkuläres Wirtschaften und Bioökonomie allein nicht ausreichen würden, um die Nachhaltigkeitsziele umzusetzen. Beide verbrauchen Ressourcen und Energie und könnten die Einhaltung ökologischer Grenzen nicht gewährleisten. Diese ökologischen und planetaren Grenzen sollten als Grenzen des Konsums bzw. als Grenzen für den Verbrauch von Ressourcen definiert werden und die verfügbaren Rohstoffe sollten als Rahmen fungieren, für die Erarbeitung von Suffizienzstrategien.

Die Bereitschaft in der Bevölkerung zu Suffizienz-orientierten Lebensstilen und den bereits stattfindenden gesellschaftlichen Wandel solle Politik daher voranbringen, auch auf EU-Ebene. Regulierungsmaßnahmen mit Lenkungsfunktion Suffizienz-freundlich zu gestalten, solle beispielsweise im Rahmen der Ökodesign-Richtlinie oder der Umsetzung eines „Rechts auf Reparatur“ forciert werden.

Dabei solle Suffizienz nicht nur als Verzicht gewertet werden, sondern auch als Chance für mehr Lebensqualität. Konsum solle als Wertefrage verhandelt werden, um einen offenen Austausch zu Fragen wie „Welcher Konsum ist erstrebenswert und moralisch vertretbar?“ oder „Wie wollen wir überhaupt leben und wirtschaften?“ zu ermöglichen. Diese gelte es als Bedingung gesellschaftlicher Transformation zu verstehen.

3.4 Jetzt prioritäre Maßnahmen umsetzen, um bis 2030 Ziele zu erreichen

Prioritäre Maßnahmen umsetzen

Die Konzentration auf Maßnahmen, die bis 2030 umgesetzt werden können und einen Systemwechsel herbeiführen würden (sogenannte „Key Points“) wurde von den Teilnehmenden unterstrichen. Also Konsumhandlungen, denen eine strategische Bedeutung für eine nachhaltige Transformation beigemessen wird, da sie die größten Umwelt- und Sozialeffekte und darüber hinaus eine besonders hohe Einführungs- und Umsetzungschance und damit strukturverändernde Wirkung haben. Die Wärmedämmung insbesondere in Alt- und Mietwohnungen, Investitionen in erneuerbare Energien oder das Umsteigen auf Car-Sharing und Bio-Lebensmittel (letztere mit einigen Einschränkungen) sind Beispiele für sogenannte „Key Points“.

„Wir sollten etwas finden, das einen echten Systemwechsel herbeiführt, statt nur hier und da einzelne Maßnahmen zu verfolgen.“ (Wissenschaft)

Die Teilnehmenden wiesen auf die Konsumfelder mit den größten Umwelt- und Sozialauswirkungen hin und hoben den Baubereich beispielhaft hervor. Zu forcierende Konsumhandlungen seien diejenigen, die wirklich einen Unterschied machten, wie beispielsweise „Sanieren statt neu bauen“, da der Ressourcenverbrauch wesentlich geringer ausfalle und keine neuen Flächen versiegelt würden. Um hier einen entscheidenden Schritt voranzukommen, wurde eine stärkere Priorisierung ökonomischer Instrumente wie beispielsweise einer Bodensteuer diskutiert.

Diese prioritären Konsumfelder und Maßnahmen sollten zudem zielgerichtet in der DNS verankert werden.

3.5 Informatorische Instrumente weiterentwickeln, gezielt einsetzen und niedrigschwellig kommunizieren

Informatorische Instrumente gezielt einsetzen

Eine Weiterentwicklung der bisherigen Informationsinstrumente und ihren gezielteren Einsatz rückten die Teilnehmenden ebenfalls ins Zentrum. Vorgeschlagen wurde ein EU-weites transparentes System für sämtliche Nachhaltigkeitskriterien von Produkten und Dienstleistungen, das sozial-ökologische Kriterien adäquat einbeziehe (z. B. Tierwohl, soziale Standards bei der Herstellung von Elektrogeräten). Dieses solle sich in transparenten und einfach verständlichen Produktkennzeichnungen und Labels wiederfinden, wie beispielsweise in einem allgemeinen Nachhaltigkeitslabel ähnlich dem Nutri-Score. Zur Nachverfolgung entsprechender Nachhaltigkeitskriterien und zur Nachvollziehbarkeit für Verbraucher*innen erschien den Teilnehmenden der Einsatz von künstlicher Intelligenz geeignet, die noch stärker genutzt werden solle.

Um nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion in der breiten Gesellschaft zu verankern, solle darüber hinaus eine niedrigschwellige Kommunikation vorangetrieben werden, die zudem die Erfahrungen der Corona-Pandemie als Möglichkeitsfenster der Nachhaltigkeitskommunikation nutzen solle.

3.6 Externe Kosten (durch marktwirtschaftliche und ordnungsrechtliche Instrumente) internalisieren

Externe Kosten internalisieren

Für das Gelingen der Transformation hin zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsstrukturen wurde die Internalisierung externer Kosten und Effekte ebenfalls als herausragende Aufgabe betont. Die Notwendigkeit ergebe sich aus einer gemeinwohlorientierten Zielsetzung statt einer individuell-orientierten. Konsum sei nicht als reine „Privatsache", sondern stärker als gesellschaftliche Aufgabe zu bewerten.

Die Internalisierung externer Kosten solle durch einen stärkeren Einsatz ökonomischer und ordnungsrechtlicher Instrumente forciert werden. Marktwirtschaftliche Instrumente wie eine CO_2-Steuer oder das Erneuerbare-Energien-Gesetz, dessen Lenkungswirkung beispielsweise auch für eine Fleischsteuer genutzt werden könne, sollten im Zusammenspiel mit anderen Instrumenten eingesetzt werden. Mit dem Ziel, Zielkonflikte und Problemverschiebungen zu vermeiden und der Komplexität von Nachhaltigkeitswirkungen gerecht zu werden. Zudem sei die Komplexität der Daten beispielsweise bei einer CO_2-Steuer oder bei einem Lieferkettengesetz adäquat abzubilden und einzubeziehen. Auch solle die internationale Wettbewerbsfähigkeit weiterhin gewährleistet werden.

„Um nachhaltigen Konsum bis 2030 zu etablieren, wird man auf Marktmechanismen und Markt-Gestaltungsverhalten allein nicht setzen können. Da gilt nach wie vor: es gibt in einem nicht nachhaltigen System keine Möglichkeit, nachhaltig zu konsumieren." (Politik & Verwaltung)

Ordnungsrechtliche Instrumente wie beispielsweise ein Verbot gefährlicher Stoffe in der Produktion oder die Kennzeichnungspflicht von Produkten könnten gezielter eingesetzt werden.

Greenwashing und die negativen Wirkungen (Carbon Leakage bzw. die Verlagerung von Emissionen ins Ausland) bestehender Instrumente wie beispielsweise des Europäischen Emissionshandels sollten analysiert und entsprechend adressiert werden. Auch erscheine ein Mix umweltpolitsicher Instrumente, die sich gegenseitig verstärken und systemisch wirken, sinnvoll, um entsprechende Zielkonflikte und Problemverschiebungen zu vermeiden.

3.7 Bildung für nachhaltigen Konsum als übergeordnetes Prinzip verankern

Bildung für nachhaltigen Konsum verankern

Bildung für nachhaltigen Konsum sei nicht wie bislang als Nischenphänomen zu praktizieren, sondern als Leitbild für Bildung generell zu setzen – auch das sei entscheidend. Es solle als übergeordnetes Prinzip nicht nur an schulischen, sondern auch an außerschulischen Lernorten implementiert und langfristig verankert werden. Auch die Weiterbildung von Multiplikator*innen (Lehrer*innen, Erzieher*innen, Hochschullehrer*innen etc.) solle ein wichtiger Schlüssel einer gelingenden Implementierung und Verstetigung einer Bildung für nachhaltigen Konsum sein.

3.8 Durch nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion soziale Gerechtigkeit in Deutschland und global fördern

Soziale Gerechtigkeit in D und global fördern

Eine weitere Kernherausforderung: Soziale Gerechtigkeit und Sicherheit sollten durch die Förderung sozial-verträglicher Konsummuster, sozialen Ausgleich oder sozialverträgliche Maßnahmen gefördert werden. Ungleichheiten im Zugang zu ressourcenschonenderen bzw. klimafreundlicheren Konsumalternativen sollten ausgeglichen werden, beispielsweise solle vulnerableren Bevölkerungsgruppen nachhaltiger Konsum durch die Internalisierung von externen Kosten ermöglicht und erleichtert werden.

„Nachhaltigkeit ist wesentlich eine Frage der Gerechtigkeit.“ (Politik & Verwaltung)

Die Transformation zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern könne nur durch die Verringerung sozialer und globaler Ungleichheiten gelingen. Daher gelte es, soziale und globale Aspekte und Wirkungen nicht nachhaltigen Konsums gezielter zu adressieren. Auch die globale Dimension solle aufgrund internationaler Wertschöpfungsketten und Produktionsprozessen stärker einbezogen werden. Zudem sollten die Auswirkungen des Konsums in Deutschland auf Menschen und Umwelt in anderen Ländern stärker in den Fokus gerückt und wirkungsvollere Maßnahmen eingesetzt werden.

3.9 Corona-Pandemie als Möglichkeitsfenster nutzen

Corona als Möglichkeits-fenster nutzen

Die Bewältigung der Corona-Pandemie wurde als wichtiges Möglichkeitsfenster identifiziert und damit verbundene Chancen und Herausforderungen sollten konsequent genutzt werden. Die Erfahrungen der Pandemie würden zeigen, dass etablierte Konsum- und vorgelagerte Produktionsmuster keineswegs unverrückbar sind. Eine Überkompensation nach der Pandemie durch übermäßigen Konsum sei ebenfalls möglich, wie Erfahrungen aus vorangegangenen Krisen zeigen würden, und solle abgefedert werden. Die Politik solle Wiederaufbaugelder oder Zukunftsinvestitionen entsprechend einsetzen, um nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster weiter zu fördern und resiliente Strukturen aufzubauen, anstatt allein ressourcenverbrauchenden Konsum anzureizen.

4. Erarbeitung beispielhafter, konkreter Empfehlungen in vier Empfehlungsbereichen

Vier von neun Empfehlungsbereichen wurden im Plenum als besonders wichtig und dringlich erachtetet und wurden in jeweils einer Gruppe weiterbearbeitet. Die Teilnehmenden konnten sich den Empfehlungsbereichen frei zuordnen, wodurch neue heterogene Gruppen entstanden, die beispielhafte Empfehlungen und konkrete Maßnahmen in diesen Bereichen entwickelten. Folgende vier Empfehlungsbereiche wurden identifiziert sowie Empfehlungen und Maßnahmen dazu entwickelt und diskutiert:

4.1 Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster durch den Fokus auf umsetzungsstärkere Instrumente erreichen

Auf umsetzungsstärkere Instrumente fokussieren

Auf umsetzungsstärkere Instrumente fokussieren und Implementierung durch Wissenschaft begleiten

Um in der Transformation in Richtung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster substanziell voranzuschreiten, wird ein stärkerer Einsatz ordnungsrechtlicher Instrumente empfohlen. Dieser solle um ökonomische und informatorische Instrumente ergänzt werden, um wechselseitige Abhängigkeiten und verstärkende Wirkungen positiv zu nutzen. Die zügige Umsetzung entsprechender Instrumente solle durch Erkenntnisse aus beispielsweise der Reallaborforschung politikfähig gemacht und fortlaufend begleitet werden.

Bis 2030 nachhaltige Märkte etablieren

2030 solle als ambitionierter Zeithorizont für die Etablierung nachhaltiger Märkte festgelegt werden. Konkret wurde empfohlen, möglichst kurzfristig und zügig die Marktzugänge auf europäischer Ebene nachhaltig zu gestalten, indem ordnungsrechtliche Maßnahmen konsequenter und zielgerichteter eingesetzt würden. Ziel solle sein, europäische Märkte zu etablieren, die weitgehend nachhaltige Produkte und Dienstleistungen anbieten und handeln, damit nachhaltiges Konsumieren und Produzieren zum Standard werden könne.

„Das was wir wissen ist, dass wir eigentlich Ungeheuerliches vollbringen müssen, wenn wir nachhaltigen Konsum 2030 etablieren wollen. Ordnungspolitisch ist es jetzt notwendig, dieses Ziel auch tatsächlich zu formulieren.“ (Politik & Verwaltung)

Nachhaltigkeitsdesignrichtlinie auf den Weg bringen und Zivilgesellschaft einbeziehen

Als konkreter systemischer und rahmengebender Ansatz solle ein Prozess eingeleitet werden, mit dem die EU-Ökodesign-Richtlinie langfristig zu einer Nachhaltigkeitsdesignrichtlinie weiterentwickelt werden könne. Entsprechende Nachhaltigkeitskriterien sollten für möglichst viele Produkte und Dienstleistungen festgelegt werden, die wiederum auf Märkten gehandelt werden könnten.

„Für die Nachhaltigkeitsrichtlinie sollte schnellstmöglich eine Roadmap entwickelt werden.“ (Wissenschaft)

Die Bestimmung von Nachhaltigkeitskriterien sei mit enormen gesellschaftlichen Anstrengungen und normativen Setzungen verbunden und bedürfe eines partizipativen, diskursiven Vorgehens, in dem möglichst breite Teile der Gesellschaft fortlaufend beteiligt sind.

4.2 Bildung für nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion als übergeordnetes Prinzip stärken und Nachhaltigkeits-Literacy weiterentwickeln

Nachhaltigkeits-Literacy weiterentwickeln

Die Teilnehmenden empfehlen, die gesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit für die Notwendigkeit einer Bildung für nachhaltige(n) Konsum/Produktion und einer Nachhaltigkeits-Literacy zu steigern, um deren Umsetzung priorisieren zu können. Der Bildungspolitik werde eine zentrale Rolle für nachhaltiges Produzieren und Wirtschaften beigemessen, wobei die Kompetenz der Länder als eine Herausforderung gesehen werde, da Koordinierungsaufgaben und Anforderungen an ein kohärentes Regierungshandeln insgesamt größer werden würden.

„Verhaltensänderungen können nur erfolgen, wenn auch die Verhältnisse geändert werden, wenn im Biologieunterricht gesunde Ernährung das Thema ist, dann muss sich das auch in den Angeboten der Schulkantine abbilden.“ (Gesellschaft)

Bildung für nachhaltigen Konsum und Nachhaltigkeits-Literacy breit etablieren

Empfohlen wird, den Praxistransfer von Bildung für nachhaltigen Konsum beispielsweise durch die Kommunikation von Best-Practice-Beispielen nachhaltiger Institutionen, Unternehmen oder öffentlicher Einrichtungen zu stärken. Ziel solle sein, alle Bevölkerungsgruppen, auch weniger interessierte, informierte oder engagierte Gruppen zu erreiche; gleichzeitig mit dem Anspruch, positive Bilder eines nachhaltigen Konsums und einer Produktion anzuregen und mögliche Hürden abzubauen.

Nachhaltigkeits-Literacy hinsichtlich komplexer, systemischer Zusammenhänge sei ein weiterer Schlüssel einer gelingenden Transformation und solle anhand der Herausforderungen des verantwortlichen Konsums praktisch eingeübt werden. Ein ganzheitliches Bildungs- und Kompetenzverständnis könne auch dahingehend unterstützend wirken, dass sich eine individuell wahrnehmbare Selbstwirksamkeit positiv auf Motivation und die Fähigkeit, sich selbst zu steuern, auswirke.

Bildung für nachhaltigen Konsum/nachhaltige Produktion und Nachhaltigkeits-Literacy an schulischen und außerschulischen Lernorten sowie in der Ausbildung stärker verankern

Empfohlen wird, Bildung für nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion nicht wie bislang in Nischen zu praktizieren, sondern als Leitbild für Bildung generell zu setzen. Und zwar solle es als übergeordnetes Prinzip nicht nur an schulischen, sondern auch an außerschulischen Lernorten und im gesellschaftlichen Bereich implementiert und langfristig verankert werden, insbesondere auch um bisher wenig erreichte Gruppen ansprechen zu können. Empfohlen wird Bildung für nachhaltigen Konsum/nachhaltige Produktion in sämtlichen Lehrplänen von Schulen, Berufsschulen, Hochschulen etc. zu verankern und fächerübergreifend zu implementieren. Statt reiner Wissensvermittlung solle der Erwerb einer Nachhaltigkeits-Literacy angestrebt werden. Auch die Weiterbildung von Multiplikator*innen (Lehrer*innen, Erzieher*innen, Hochschullehrer*innen etc.) solle als Schlüssel einer gelingenden Implementierung und Verstetigung von Bildung für nachhaltigen Konsum/nachhaltige Produktion genutzt werden.

„Ich verstehe das nicht so ganz: es geht um das Überleben der Menschheit wie wir sie kennen. Warum ist Nachhaltigkeit nicht DIE Überschrift an Schulen?“ (Wissenschaft)

Nicht nur individuelles Verhalten, sondern systemische Fragen und Maßnahmen adressieren

Anstatt nur die individuelle Verantwortung in die Pflicht zu nehmen, sollten systemische Maßnahmen adressiert werden und Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und Unternehmen gleichermaßen in der

Verantwortung stehen. Angestrebte Verhaltensänderungen sollten immer einhergehen mit einer Veränderung der Verhältnisse. In Organisationen bzw. Unternehmen im Produktions- und Dienstleistungssektor sowie der öffentlichen Hand sei Bildung für nachhaltigen Konsum/nachhaltige Produktion noch fester zu verankern. Dabei sei ein ganzheitlicher Ansatz zu verfolgen, bei dem sich die gesamte Institution bzw. Organisation an den Prinzipien nachhaltigen Konsums und nachhaltiger Produktion orientiere, also beispielsweise Ressourcen einspart oder erneuerbare Energien einsetzt.

4.3 Transformation in Richtung einer zirkulären Wirtschaftsweise

Transformation in Richtung zirkulärer Wirtschaftsweise

Zirkuläre Wirtschaftsweise unterstützen und möglich machen

Empfohlen wird, festzulegen, welche Form der zirkulären Wirtschaftsweise sinnvoll und zukunftsfähig sei und ob unterschiedliche Qualitäten oder Stufen definiert werden sollten. Hierbei solle die Wissenschaft unterstützen und geeignete Kriterien formulieren.

Eine zirkuläre Wirtschaftsweise solle politisch stärker unterstützt und in die Praxis überführt werden. Empfohlen wird eine Nachhaltigkeitsbewertung von Produkten, Dienstleistungen und Prozessen, die sich statt an momentanen Mittelwerten an Zukunftsszenarien orientiert; also eine zirkuläre Wirtschaftsweise, die entsprechend ihrer Zukunftsfähigkeit weiterentwickelt werde. Darüber hinaus wird der Einsatz zielgerichteter Instrumente empfohlen.

Die Förderung von sozialen und technischen Innovationen wie beispielsweise Open-Source-Projekte oder Reparaturkreisläufe werden als Voraussetzung für die Transformation hin zu einer zirkulären Wirtschaftsweise und für die Förderung innovativer Geschäftsmodelle gesehen. Ein universelles, herstellerunabhängiges Recht auf Reparatur und die Senkung der Mehrwertsteuer auf Reparaturdienstleistungen bzw. auf reparierte und reparierbare Güter sollten als beispielhafte, konkrete Schritte für Deutschland gefördert werden.

Nachhaltigkeitsbewertung für Produkte weiterentwickeln

Eine zirkuläre Wirtschaftsweise solle durch die Weiterentwicklung der Umwelt- bzw. Nachhaltigkeitsbewertung von Produkten und Dienstleistungen in Richtung Zukunftsszenarien unterstützt werden, beispielsweise wären Zukunftsmodelle auf Ökobilanzen anzuwenden. Dabei sollten auch Mindestkriterien für nachhaltige Produkte, die bereits bestehen, weiter ausdifferenziert werden.

Eine entsprechende Bewertungsgrundlage für umfassende Nachhaltigkeitsbewertungen fehle allerdings und solle zügig entwickelt werden. Hierfür seien beispielsweise in der Wissenschaft bereits bestehende Instrumente anzuwenden. Ordnungsrechtliche Instrumente werden als ein möglicher Ansatzpunkt neben weiteren empfohlen, wie beispielsweise eine Art Nachhaltigkeitsprüfung von neuen Produkten und Dienstleistungen vor der Zulassung auf Märkten.

Greenwashing solle vermieden werden und eine wirkungsvolle Nachhaltigkeitsbewertung auf den Weg gebracht werden. Diese solle für Verbraucher*innen transparent und nachvollziehbar sein, um entsprechende zukunftsfähige Entscheidungen treffen zu können.

Suffizienzpraktiken politisch fördern

Im Rahmen von Kreislaufwirtschaftsstrategien, sollten insbesondere Suffizienzstrategien („Gut und in Maßen“) priorisiert und mit Strategien der Effizienz („Besser“) und Konsistenz („Anders“) intelligent verknüpft und umgesetzt werden. So könnten Rebound-Effekte vermieden werden, denn keiner der drei Ansätze allein könne den Ressourcen- und Energieverbrauch entscheidend senken und die Einhaltung ökologischer Grenzen gewährleisten.

Es solle ein stärkeres Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass es nicht möglich sei, weiter zu wirtschaften wie bisher und nur andere Mittel einzusetzen. Eine andere Art von Konsum und Produktion sei notwendig. Auch die Menge an verschiedenen Produkten wird als Herausforderung der Nachhaltigkeitsbewertung gesehen. Zu prüfen sei eine mögliche Konzentration auf weniger Produkte, um die Komplexität der Nachhaltigkeitsbewertung für Einzelprodukte zu reduzieren.

Es wird darüber hinaus empfohlen, Suffizienzpraktiken wie das Design oder die Reparierbarkeit von Produkten systemisch zu verankern, indem diese beispielsweise in die ingenieurwissenschaftliche Ausbildung integriert würden.

4.4 Politikkohärenz in DNS, NPNK und anderen Strategien und Programmen stärken

Politikkohärenz in DNS, NPNK und anderen Strategien stärken

Der DNS wird insgesamt ein sehr hoher Stellenwert für nachhaltigen Wandel beigemessen. Allerdings solle die Kommunikation dahingehend verbessert werden, deren Bekanntheitsgrad zu erhöhen, insbesondere um auch gesellschaftsübergreifend größere Bedeutung zu erlangen.

Für das Vorantreiben nachhaltigen Produzierens und Konsumierens sollten politische Strategien und Programme verschiedener Ressorts kohärenter ausgestaltet sein als bislang, um Nachhaltigkeitsanstrengungen und erreichte Wirkungen in einem Feld nicht durch Maßnahmen in anderen Politikfeldern abzuschwächen.

Politikkohärenz durch die DNS in Ressortstrategien fördern

Weitere konsumrelevante Strategien wie beispielsweise der Klimaschutzplan 2050 oder das Nationale Programm für nachhaltigen Konsum (NPNK) sollten komplementär und koordiniert substanziell vorangebracht werden. Widersprüche zwischen verschiedenen Programmen sowie Zielkonflikte sollten aufgedeckt und durch geeignete Maßnahmen aufgelöst werden. Dies solle die DNS mit ihrer Ausrichtung an den SDGs als übergeordnete Strategie leisten können. Um diesem Anspruch fortlaufend gerecht zu werden, solle die DNS stetig weiterentwickelt und fortgeschrieben werden. Dabei wird empfohlen, primäre Konfliktfelder wie beispielsweise die Agrarpolitik der EU herauszuarbeiten und anzugehen. Konsumbezogene Programme sollten insgesamt viel stärker auf die DNS rekurrieren und mit deren Transformationsbereichen und Hebeln verknüpft und dadurch als Ankerpunkt für die politische Umsetzung geschärft werden.

Governance der DNS stärken

Politikkohärenz wird als der Schlüssel zur Etablierung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster gesehen. Entsprechend solle die Leitungskompetenz beim Bundeskanzleramt liegen. Dieses solle das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele und die Umsetzung entsprechender Maßnahmen in den zuständigen Ressorts stärker koordinieren und prüfen.

Zugleich wird empfohlen, das Ambitionsniveau und die Effektivität der Umsetzung der DNS weiter anzuheben, um die Umsetzung konsumrelevanter Nachhaltigkeitsziele effektiver voranzutreiben. Einheitliche Labels sollten auf Basis wissenschaftlich gestützter Indikatoren entwickelt werden, hierfür solle auch das Indikatorensystem der DNS erweitert und stetig weiterentwickelt werden.

Die Wissenschaft solle das Thema der Politikkohärenz verschiedener konsumrelevanter Strategien und Programme und mögliche Effekte auf bestehende Zielkonflikte stärker untersuchen.

„Wir müssen ehrlicherweise gestehen, trotz aller Nachhaltigkeitsrhetorik und Nachhaltigkeitsprogrammen sind wir in Sachen Klimawandel, Ressourcengerechtigkeit oder Biodiversität nicht weitergekommen. Das heißt Kohärenz als solches ist der Schlüssel zur Nachhaltigkeit.“ (Wissenschaft)

Was ist ein DNS-Lab?

Mit dem „DNS-Lab“ hat die wpn2030 ein Format aufgesetzt, das besonders auf Agilität setzt. Bezüglich einer spezifischen Fragestellung werden in kurzer Zeit (halber Tag) und mit wissenschaftlichen Methoden in Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung Perspektiven aus einem breiten transdisziplinärem Spektrum integriert, um neue Themen zu explorieren oder/und Impulse für Transformationen zu entwickeln.

Themen- und Zielsetzung: Jedes DNS-Lab ist auf ein spezifisches Thema und ein spezifisches Ziel ausgerichtet. Das Thema ist dabei in seiner Konkretion und Beschreibung so gewählt, dass es für möglichst viele unterschiedliche Disziplinen und gesellschaftliche Akteure relevant und anschlussfähig ist. Die Eingrenzung des Themas wird mittels verschiedener Methoden vorgenommen, die fachliche Zugänge beziehungsweise Interessen unterschiedlicher Akteure beleuchten.

Das Ziel eines DNS-Labs bezieht sich entweder auf die Exploration eines Themas oder auf das Voranbringen einer Transformation. In allen Fällen ist ein „DNS-Lab“ ergebnissoffen angelegt. Für eine Exploration kann etwa angestrebt werden, die Breite des Themas auszuleuchten, (neue) weiterzubearbeitende Aspekte des Themas zu erschließen oder Bedarfe und Dringlichkeiten aus der gesellschaftlichen Praxis für die Forschung zu identifizieren. Ein „DNS-Lab“, das Transformationen anregen beziehungsweise voranbringen soll, zielt indes etwa darauf ab, Erfahrungen aus experimentellen (umsetzungsbezogenen) Pilot-Projekten fruchtbar zu machen oder lohnende Ansatzpunkte für die Umsetzung von Transformationen (und für entsprechendes Regierungshandeln) zu identifizieren. Hierfür kommen jene Belange in Frage, wo bereits für konkrete Anlässe aufgrund bestehenden Wissens Empfehlungen kollektiv erarbeitet werden können.

Teilnehmende: Ein „DNS-Lab“ führt Akteur*innen aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft mit unterschiedlichen Perspektiven und Wissensbeständen zusammen. Damit folgt es einem originär inter- und transdisziplinären Ansatz. Alle bringen ihre jeweilige Expertise in das „DNS-Lab“ ein und leisten einen substanziellen Beitrag zum gemeinsam erarbeiteten Wissen. Auch die Auswahl der einzuladenden Teilnehmenden beruht auf einem methodischen Prozess, der eine Einbindung verschiedener Perspektiven auf das Thema ermöglicht und Akteur*innen zusammenbringt, die mittelbar oder unmittelbar einen Einfluss auf den Diskurs und die Entscheidungen rund um das gewählte Thema haben. Die systematische Einbindung der wpn2030 in die Dialog- und Umsetzungsprozesse der DNS stellt dafür eine wichtige Voraussetzung dar.

Geschützter Raum: Ein DNS-Lab findet in einem geschützten Raum mit Chatham-House-Regel statt, um einen offenen Austausch anzuregen. Der geschützte Raum ermöglicht es den Teilnehmenden auch Ideen zu entwickeln und mit Akteuren in den Austausch zu treten, die außerhalb eines solchen Raumes nicht in diesem Maße zur Sprache kämen. Der gemeinsamen Reflexion von verschiedenen Perspektiven auf ein Thema kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Integriertes Wissen: Im Zentrum eines „DNS-Lab“ steht die Erzeugung integrierten (und in diesem Sinne neuen) und sowohl für Politik wie Wissenschaft relevanten Wissens. Die Entstehung dieses integrierten Wissens ist dabei auch für Dritte glaubhaft nachvollziehbar, insbesondere die Fokussierung des Themas, die Auswahl der einzuladenden Teilnehmenden, die Wahl der eingesetzten Methoden für die Wissensgenerierung und die im Zuge der Wissensintegration getroffenen Entscheidungen während des „DNS-Labs“.

CC BY SA

wissenschaftsplattform_
nachhaltigkeit
2030

Die Plattform

Die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 ist ein zentraler Ort der Wissenschaft, an dem sie drängende Fragen der Nachhaltigkeitspolitik reflektiert und diskutiert – im Austausch mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wissen für Nachhaltigkeit wird dort zusammengetragen und weitergetragen, insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Die Plattform arbeitet unabhängig und ist systematisch eingebunden in den offiziellen politischen Steuerungs-, Dialog- und Umsetzungsprozess der Agenda 2030. Träger der Plattform sind SDSN Germany, DKN Future Earth und das IASS Potsdam

Mitglieder des Lenkungskreises

Günther Bachmann, Marianne Beisheim, Jetta Frost, Jörg Hacker, Reiner Hengstmann, Thomas Holtmann, Daniela Jacob (Co-Vorsitzende), Adolf Kloke-Lesch (ex officio), Stephan Lessenich, Christa Liedtke (Co-Vorsitzende), Kai Lindemann, Karsten Löffler, Ursula Mathar, Klaus Milke, Alexander Müller, Patrizia Nanz (Co-Vorsitzende), Jürgen Renn, Ulrike Schell, Falk Schmidt (ex officio), Dennis Snower, Sebastian Sonntag (ex officio), Olaf Tschimpke, Markus Vogt, Joachim von Braun, Hilmar von Lojewski, Marion A. Weissenberger-Eibl

Redaktion

Julia Jägle, Konar Mutafoglu, Bastian Strauch

VSidP

Prof. Daniela Jacob
Prof. Mark Lawrence
Prof. Christa Liedtke

Kontakt

Geschäftsstelle Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030
Dr. Falk Schmidt, Leiter Geschäftsstelle
c/o Institute for Advanced Sustainability Studies e.V. (IASS Potsdam)
Berliner Str. 130, 14467 Potsdam
Tel.: +49–331–28822–456
info.wpn2030@iass-potsdam.de
www.wpn2030.de
twitter.com/wpn2030

Wissenschaftliche Trägerorganisationen der wpn2030

SDSN Germany

Deutsches Komitee für Nachhaltigkeitsforschung in Future Earth

IASS POTSDAM

wpn2030.de

CC BY SA

GEFÖRDERT VOM
Bundesministerium für Bildung und Forschung